

Subventionen in der Landwirtschaft



Grundsatzprogramm der AfD (S. 88):

Landwirtschaft: Mehr Wettbewerb. Weniger Subventionen

Wahlprogramm zur Europawahl 2024 (S. 23 + 36):

Für die Landwirtschaft sind marktwirtschaftliche Prinzipien wieder in den Vordergrund zu rücken. Die AfD sieht Subventionen generell kritisch.

Klimaschutzpolitik



Grundsatzprogramm der AfD (S. 79):

Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. Die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung beruht auf bisher unbewiesenen hypothetischen Klimamodellen.

Aktuell nehmen Extremwetterereignisse weltweit zu. Stürme, extreme Hitze und Trockenheit, Starkregenfälle und damit häufig einhergehende Überschwemmungen verursachen große Sachschäden und gefährden Menschenleben.

Wohnungs- politik



Grundsatzprogramm der AfD (S. 94):

Die AfD ist gegen die Einführung von Mietpreis- bremsen und Mietdeckeln.

Im Vergleich zu 2020 sind die Mieten in Deutschland bundesweit um 5,2% teurer geworden - in manchen deutschen Großstädten sogar um 17 bis 40%.

Dieser Flyer dient ausschließlich der Informationsdarstellung. Er wurde von keiner politischen Partei gedruckt. Alle Zitate stammen aus aktuellen Programmen der AfD.

Weitere Informationen speziell zu rechtsextremen und rechtsradikalen Aktivitäten in Gera findet Ihr auf unseren Kanälen - ebenso wie Möglichkeiten, sich für eine demokratische, tolerante und weltoffene Gesellschaft zu engagieren.

Folgt uns.

- /aktionsbuendnisgera
- @gera.gegenrechts
- @gera.gegenrechts
- @gera_nazifrei
- @geranazifrei.bsky.social

Das AfD- Paradoxon



Leidtragende der AfD-Politik wären ihre eigenen Wählerinnen und Wähler



www.gera-nazifrei.com



Gesamtschulen und Inklusion



Grundsatzprogramm der AfD (S. 53):

Die AfD befürwortet uneingeschränkt das Leistungsprinzip und lehnt alle Gesamt- und Einheitsschulen ab.

Inklusion wird als ideologisch motiviert bezeichnet und soll nicht mehr gefördert werden.

Familienbild



Grundsatzprogramm der AfD (S. 41 + 56):

Gegen Frauenquoten im Beruf. Frauen sollen ermutigt werden, bei Herd und Kindern zu bleiben. Eine „aktivierende Familienpolitik soll zu einer höheren Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung führen“.

Frauen sollen wieder traditionelle Rollen übernehmen und Gleichstellungspolitik soll beendet werden.

Grundsatzprogramm der AfD (S. 44):

Die AfD wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschenrecht zu erklären.

Kulturpolitik



Grundsatzprogramm der AfD (S. 48):

Die AfD will den Einfluss der Parteien auf das Kulturleben zurückdrängen.

Damit würden Kulturangebote privat und teurer werden. Staatlich geförderte Projekte müssten ihre Programme im Sinne der AfD gestalten. Zum Beispiel fordert der Landesverband Sachsen-Anhalt von Kultureinrichtungen die Pflicht, einen positiven Bezug zur Heimat zu fördern. Theater sollen Stücke so inszenieren, dass sie zur Identifikation mit Deutschland anregen.

Erinnerungspolitik



Grundsatzprogramm der AfD (S. 48):

Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.

Die Zeit des Nationalsozialismus war von Hass und Angst, Verfolgung und Krieg geprägt. Das NS-Regime und seine Verbündeten haben zwischen 1933 und 1945 über 18.500.000 Zivilisten und Kriegsgefangene ermordet.

Vermögens- & Erbschaftssteuer



Grundsatzprogramm der AfD (S. 75):

Die AfD will eine Vermögenssteuer verhindern und die Erbschaftssteuer abschaffen.

Das entlastet nur Erben großer Erbschaften, denn für kleine Erbschaften müssen bereits jetzt keine Steuern bezahlt werden. Hintergrund zur Vermögensverteilung in Deutschland: Die wohlhabendsten fünf Prozent der Haushalte besitzen 45% des Nettovermögens, die untersten zwanzig Prozent unter 1%.

Sozialstaat



Grundsatzprogramm der AfD (S. 9):

Die AfD will einen schlanken Staat mit Konzentration auf vier Gebiete: innere und äußere Sicherheit, Justiz, auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung.

Sozialpolitik gilt nicht als Kernbereich, sondern als zusätzliche Aufgabe. Entsprechend der AfD müssen solche zusätzlichen Aufgaben gerechtfertigt werden. Dies hätte massive Streichungen an sozialpolitischen Ausgaben zur Folge.